

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen

Herrn André Kuper

Landtag Nordrhein-Westfalen

Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
17/4850

A15

Geschäftsstelle

Graf-Adolf-Straße 84

40210 Düsseldorf

Telefon 02 11 / 164 09 71

Telefax 02 11 / 164 09 72

Web: lehrernrw.de

Mail: info@lehrernrw.de

Datum: 1. März 2022

Unser Zeichen: Ch/Wa

**Bildung für das 21. Jahrhundert – Aus der Pandemie lernen – Bildung endlich
konsequent neu denken**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/16268

Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung am 9. März 2022

Unsere Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

mit Schreiben vom 1. Februar 2022 haben Sie uns Gelegenheit zur Stellungnahme zum oben genannten Antrag gegeben. Diese nehmen wir wie folgt wahr:

I. Ausgangslage

Der Inklusionsprozess in Bezug auf Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen wurde nach Ansicht von *lehrer nrw* nicht durch die Pandemie weiter zurückgeworfen, sondern durch die nach wie vor fehlenden personellen Ressourcen. Hier ist zu betonen, dass es häufig nicht an den zur Verfügung stehenden Stellen für die Schulen scheitert, sondern schlichtweg kein Fachpersonal vorhanden ist. Mittlerweile werden viele Stellen für Sonderpädagogik durch MPT-Fachkräfte besetzt. Diese leisten eine große Unterstützung im Rahmen der Inklusion, können aber letztendlich nicht die fehlende Expertise durch Sonderpädagoginnen und -pädagogen kompensieren.

lehrer nrw teilt die Einschätzung, dass durch die Pandemie Kinder in prekären Lebenslagen besonders betroffen bzw. belastet sind. Auch wenn das Land dem durch die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten zumindest in kleinen Teilen entgegengewirkt hat, so ist die Lebenswirklichkeit von Kindern in prekären Lebenslagen verstärkt durch Unsicherheit - finanziell wie auch

emotional - geprägt. Auch aus diesem Grund ist es für *lehrer nrw* wichtig, den Präsenzunterricht solange wie möglich und vertretbar aufrecht zu erhalten. Schülerinnen und Schüler in schwierigen sozialen Lagen brauchen in besonderem Maße den persönlichen Kontakt zu ihren Mitschülerinnen und Mitschülern sowie Lehrkräften, die sie in dieser schwierigen Zeit emotional auffangen und begleiten.

Das Problem der häufig mangelhaften Personalausstattung von Schulen in herausfordernden Lagen ist nach wie vor nicht gelöst. Die bloße Zuweisung zusätzlicher Stellen läuft angesichts des grassierenden Lehrkräftemangels ins Leere. Das Hauptproblem dieser Schulen ist nicht, dass nicht genug Stellen für Lehrkräfte, Schulsozialarbeit, Sonderpädagogik oder multiprofessionelle Teams ausgeschrieben werden können, sondern dass diese Ausschreibungen an Schulen mit herausfordernden Standorten regelmäßig leerlaufen. Zusätzliche Stellen auf dem Papier, die nicht in reale Köpfe umgemünzt werden können, führen nicht zu mehr Verteilungsgerechtigkeit. Die entscheidende Frage lautet also: Wie kann es gelingen, Schulen mit herausfordernden Standortfaktoren für Lehrkräfte attraktiver zu machen? Es reicht nicht, allein monetäre Anreize zu schaffen, da die Gewährung von Zulagen vielerorts nicht den erwarteten Erfolg erzielen konnte. Insofern müssen den Lehrkräften Rahmenbedingungen offeriert werden, die sie an anderen Schulen nicht antreffen, insbesondere über die Absenkung des Pflichtstundendeputats. Weniger Pflichtstunden bedeuten mehr Systemzeit – und die ist gerade an Schulen in herausfordernden Lagen von enormer Bedeutung für die Schulgemeinschaft.

II. Investitionen in Bildung verstärken

Die Tatsache, dass nach wie vor viele Stellen, die an den Schulen in unserem Land dringend benötigt werden, nicht besetzt werden können, ist erschreckend und stellt die Schulen angesichts gesamtgesellschaftlicher Aufgaben wie Inklusion, Integration und Digitalisierung vor kaum noch leistbare Herausforderungen. Die Forderung, „Menschen u. a. aus Kultur, Kunst und Musik, Handwerk und Technik sowie Sport für die Arbeit in den Schulen zu gewinnen“, sorgt an dieser Stelle nur in Teilen für Abhilfe. Der Lehrerberuf muss - gerade an den Schulformen der Primarstufe sowie der Sekundarstufe I - attraktiver werden, sodass langfristig der massive Lehrkräftemangel beseitigt werden kann. Hier seien eine Eingangsbesoldung nach A13, eine geringere Unterrichtsverpflichtung, mehr Systemzeit sowie eine höhere Anzahl von Beförderungs- und Funktionsstellen nur als einige Beispiele genannt.

lehrer nrw fordert zudem schon seit Jahren die Installation von Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten an allen Schulen ohne Anrechnung auf Lehrerstellen, sodass sich die Lehrkräfte wieder auf ihr Kerngeschäft Bildung konzentrieren können. Angesichts des Lehrkräftemangels sollten die vorhandenen

Lehrkräfte sowie das sonstige pädagogische Personal an Schule effektiv ihren Kernaufgaben nachgehen können.

III. Pädagogische Souveränität

lehrer nrw stimmt dem Antrag insoweit zu, dass Schule die Schülerinnen und Schüler auf die Anforderungen des 21. Jahrhunderts angemessen vorbereiten muss. Die alleinige Vermittlung von Fachwissen greift an dieser Stelle zu kurz. Angesichts des gesellschaftlichen Wandels müssen die Kinder auf die gesellschaftlichen und beruflichen Herausforderungen dieser Zeit bestmöglich vorbereitet werden, um sich aktiv in die Gesellschaft einbringen zu können.

Aus diesem Grund hat *lehrer nrw* auch ausdrücklich begrüßt, dass die Landesregierung den Schulen mit dem 16. Schulrechtsänderungsgesetz mehr Eigenverantwortung und mehr Freiräume gewähren will. So gibt es zum Beispiel zusätzliche Möglichkeiten zur Profilbildung, so dass die Schulen ihre Stärken und Charakteristika noch deutlicher herausarbeiten können. Die gesetzliche Verankerung eines Rahmens zur Nutzung von digitalen Lehr- und Lernsystemen sowie Arbeits- und Kommunikationsplattformen trägt der rasant fortschreitenden Digitalisierung Rechnung. Gerade an dieser Stelle darf - gerade auch angesichts des allgegenwärtigen Personalmangels - das Gebot der Kostenneutralität gute und passgenaue Schulentwicklung nicht behindern. Schulen, die Lernen flexibler und selbstständiger organisieren wollen, dürfen nicht ausgebremst werden. Wer Innovationen will, darf Investitionen nicht ausschließen.

Schulentwicklung und auf die Schülerschaft angepasste pädagogische Konzepte erfordern intensive gemeinsame Arbeit aller am Schulleben Beteiligten. Hier müssen den Schulen neben finanzieller Mittel auch zeitliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Bei allen innovativen reformpädagogischen Anregungen (personalisiertes und kollaboratives Lernen, Verzicht auf Ziffernnoten, andere Formen, neue Formate) sollten die Ausbildungs- und Studierfähigkeit nicht vergessen werden.

IV. Demokratiebildung und demokratische Schulkultur

Die Coronapandemie hat uns vor Augen geführt, wie wichtig Demokratiebildung gerade auch in unserer digitalisierten Welt ist. Hier kommt den Schulen eine

zentrale Bedeutung zu, die erneut mit zeitlichen Ressourcen und guten pädagogischen Konzepten hinterlegt werden muss.

V. Inklusive Schulentwicklung

Das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Förderbedarf erfordert zunächst einmal, dass die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. Inklusion zum Nulltarif, vor allem ohne sonderpädagogische Expertise an allen Schulen, ist zum Scheitern verurteilt und wird den Schülerinnen und Schülern, die in besonderem Maße Unterstützung benötigen, nicht gerecht.

Ob die fehlende sonderpädagogische Expertise allein oder in Teilen durch die Verankerung der sonderpädagogischen Förderung in der allgemeinen Lehrerbildung aufgefangen werden kann, muss bezweifelt werden. Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf verdienen es, an Regelschulen bestmöglich durch Fachpersonal betreut zu werden. Angesichts von Klassengrößen von teilweise 30 Schülerinnen und Schülern im Gemeinsamen Lernen ohne konsequente Doppelbesetzung durch eine Lehrkraft und einen Sonderpädagogen/eine Sonderpädagogin kann diese Mammutaufgabe nicht bewältigt werden, selbst wenn Grundkenntnisse der sonderpädagogischen Förderung in der Ausbildung der Lehrkraft erworben wurden. Inklusion und inklusive Schulentwicklung können nur durch ausreichende zeitliche und personelle Ressourcen zum Wohle aller Schülerinnen und Schüler gelingen.

VIII. Bildung in der digitalen Welt

Politische Bildung und Medienbildung werden angesichts der digitalen Transformation der Gesellschaft auch in Schule von immer zentralerer Bedeutung.

An dieser Stelle ist es zutreffend, dass Digitalisierung nicht die Pädagoginnen und Pädagogen sowie die Beziehungsarbeit ersetzt. Pädagogik darf nicht hinter Technik zurücktreten. Digitale Medien sind kein Selbstzweck, sondern eines von vielen methodisch-didaktischen Mitteln zur Unterrichtsgestaltung. Entscheidend für den Bildungserfolg ist und bleibt die Lehrerpersönlichkeit. Denn Bildung ist mehr als das Beherrschen von Technik. Die Beziehung zum Menschen ist wichtiger als die Beziehung zur Technik.

Dennoch bietet die Digitalisierung Chancen zur individuellen Förderung oder – wie uns die Coronapandemie gezeigt hat – Möglichkeiten zur Teilnahme am Unterricht, selbst wenn ein Unterricht in Präsenz nicht möglich ist. Schülerinnen und Schüler sollten bereits früh an ein Leben in einer digitalisierten Welt herangeführt werden, um bestmöglich auf ihre Zukunft vorbereitet zu sein.

Ob die Digitalstrategie Schule NRW ein Erfolg wird, hängt allerdings maßgeblich von der Umsetzung vor Ort ab. Damit aus der Digitalstrategie eine wirkliche Digitaloffensive für die Schulen werden kann, sind aus Sicht von *lehrer nrw* drei Punkte entscheidend:

- Mehr Personal: Die meisten Schulen sind schon jetzt personell am Limit oder darüber hinaus. Um ein sinnvolles und pädagogisch-didaktisch passgenaues Digitalkonzept zu implementieren, brauchen die Schulen mehr Personal.
- Mehr zeitliche Ressourcen: Ab dem Schuljahr 2022/23 soll es an jeder Schule in NRW eine Digitalisierungsbeauftragte bzw. einen Digitalisierungsbeauftragten geben. Die Kolleginnen und Kollegen, die diese Aufgabe übernehmen sollen, brauchen mehr als nur eine symbolische Entlastung. Digitalisierung nebenbei funktioniert nicht.
- Mehr Funktionsstellen: An den Schulen muss es Koordinatoren für Digitalisierung geben, die das Bindeglied zwischen Schulleitung und Kollegium bilden und den Digitalisierungsprozess steuern. Das erfordert neue Funktionsstellen, denn gerade in kleineren Systemen ist die Führungsebene viel zu dünn besetzt, um eine solche Herkulesaufgabe zu stemmen.

IX. Beschlussfassung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, mit den Fachverbänden von Eltern, Lehrkräften, anderen Professionen, Landesschüler*innenvertretung und Vertreterinnen und Vertretern aus den Bildungswissenschaften Bildungsziele und Maßnahmen zu erörtern und dem Landtag zur Umsetzung vorzulegen, die folgende Aspekte berücksichtigen:

- **Die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems, das sich konsequent an der individuellen Förderung aller Kinder und Jugendlichen ausrichtet.**

Wie unseren Ausführungen zu entnehmen ist, kann inklusive Bildung, bei der jedes Kind bestmöglich individuell gefördert wird, nur dann umgesetzt werden und

gelingen, wenn die entsprechenden Rahmenbedingung geschaffen werden. Hier braucht es entsprechende räumliche und sächliche Voraussetzungen, vor allem aber Personal mit sonderpädagogischer Expertise.

- **Darauf aufbauend die Entwicklung eines verbindlichen Leitbilds für alle Ebenen des Bildungssystems und innerhalb dessen die Schaffung größerer pädagogischer Souveränität u. a. in Bezug auf projektorientiertes, fächerübergreifendes Lernen, Formate der Leistungsbewertung und Leistungsrückmeldung, Bildung von Lerngruppen, Zeiten sowie Öffnung von Schule.**

An dieser Stelle verweisen wir auf unsere Ausführungen zu III.

- **Ermöglichung von erweiterten Möglichkeiten bei der Personalbewirtschaftung für Schulen im Sinne der Etablierung multiprofessioneller Teamarbeit.**

lehrer nrw stimmt grundsätzlich zu. Schule darf aber nicht zu einem Ort werden, an dem der Lehrkräftemangel durch eine uferlose Ausweitung anderer Professionen kompensiert wird.

- **Eine Reform der Lehrerausbildung, die sich an einem Lehrerbild orientiert, das den Herausforderungen und Aufgaben im Bildungssystem entspricht.**

Dieser Antrag suggeriert, dass Lehramtsanwärterinnen und -anwärter nicht angemessen auf die Herausforderungen und Aufgaben im Bildungssystem vorbereitet werden. *lehrer nrw* teilt diese Einschätzung nicht. In den Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung wird stringent an der Ausarbeitung und Anpassung von realitätsnahen Konzepten gearbeitet. Ergänzend kommt hinzu, dass sich die ZfsL in der Phase der Implementierung des Kerncurriculums 2021 befinden, welches die aktuellen Herausforderungen und Ansprüche (z. B. Digitalisierung) an ein gut aufgestelltes Bildungssystem widerspiegelt. Aus Sicht von *lehrer nrw* würde die beabsichtigte Reform, wobei hier die Inhalte aus dem Antrag nicht hervorgehen, lediglich zu einer großen Unruhe in sehr herausfordernden und belastenden Zeiten führen. Ausreichend Zeit zur Verankerung der jüngsten Anpassungen und einer anschließenden Evaluation auf allen Ebenen wäre hier der Vorrang zu geben, um einem durch Reformen stark gebeutelten System die notwendige Ruhe zur Umsetzung zu ermöglichen.

- **Eine Reform der Berechnung der Lehrerarbeitszeit, die die wirklichen Anforderungen angemessen abbildet.**

Wie Sie unseren Ausführungen zu Punkt 2 entnehmen können, sieht *lehrer nrw* in der Absenkung des Pflichtstundendeputats und der Schaffung von mehr Systemzeit an Schulen die Chance, Schulentwicklung passgenauer voranbringen zu können, die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler ausbauen zu können und die Attraktivität der Lehrerberufes zu steigern.

Bei weiteren Fragen zu unseren Ausführungen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Christoffer

- Vorsitzender -